

Bundesvereinigung Deutscher Bibliotheksverbände e.V.

Der Beitrag der Öffentlichen Bibliothek zur Stadtentwicklung

Berlin 1998
Deutsches Bibliotheksinstitut

Bundesvereinigung Deutscher Bibliotheksverbände e.V.
Erarbeitet von der Plattform "Öffentliche Bibliotheken" unter Leitung von Prof. Dr. Konrad Umlauf.

ISBN 3-87068-588-3

Berlin, Juni 1998

Herausgegeben vom Deutschen Bibliotheksinstitut
Berlin, 1998

Vorwort

Öffentliche Bibliotheken sind kommunale Einrichtungen; sie arbeiten für die Bürgerinnen und Bürger einer Stadt, einer Gemeinde und ihres Einzugsbereiches. Stadt- und Gemeindebibliotheken, die ihr Angebots- und Dienstleistungsprofil im Dialog mit Bevölkerung und Kommunalpolitik entwickeln, leisten auch einen positiven Beitrag zur Stadtentwicklung. Ihre Wirksamkeit, ihre Ressourcen und Möglichkeiten entfalten sich im Kontext von Bildungs-, Kultur- und Sozialaufgaben der Städte jeder Größe.

Die Plattform "Öffentliche Bibliotheken" der Bundesvereinigung Deutscher Bibliotheksverbände unter der Leitung des Vorsitzenden Prof. Dr. Konrad Umlauf und der Mitwirkung von Vertretern bundesrepublikanischer Landes- und Kommunalpolitik verfolgt in eingehenden Beratungen die Zusammenhänge zwischen den Veränderungen von Aufgabenstellungen wie Organisation

Öffentlicher Bibliotheken und Entwicklung der Städte. Ihre hier formulierten Überlegungen richten sich an die Verantwortlichen in Politik, Verwaltung und Öffentlichen Bibliotheken und zielen auf eine verstärkte Integration der Bibliotheksarbeit in die Gemeinde- und Stadtentwicklungsprozesse ihres jeweiligen Standortes.

Prof. Birgit Dankert
Sprecherin der Bundesvereinigung
Deutscher Bibliotheksverbände

1 Einleitung

Die Kommunalpolitik ist aufgefordert, den Wert der Infrastruktureinrichtung Bibliothek zu erkennen, und deren Ressourcen und Potentiale sowohl für den Planungsprozeß zu nutzen wie auch im Sinne der kommunalpolitischen Ziele zu aktivieren. Umgekehrt muß gefragt werden, wieweit die kommunalen Bibliotheken selbst in ihrer Profilsetzung und Schwerpunktbildung sich als Element der kommunalpolitisch gestalteten öffentlichen Infrastruktur begreifen und zu erkennen geben. **Über die Orientierung an allgemeinen bibliothekspolitischen Deklarationen hinaus geht es darum, den Wert der konkreten Bibliothek gerade in dieser Gemeinde überzeugend darzulegen.**

Sehr häufig ist es erst die Einführung des Neuen Steuerungsmodells und der Produktplanung, die die Bibliothek veranlaßt, ein eigenes Zielkonzept darzulegen und dieses auf die Besonderheiten der eigenen Gemeinde bzw. Stadt zu beziehen. Wenn die Kommunalpolitik klare Zielaussagen und überzeugende Strategien von den kommunalen Bibliotheken gerade in Zeiten der Haushaltsrestriktionen erwartet, dann erwartet sie zu Recht spezifische Auskünfte darüber, welchen Beitrag die kommunale Bibliothek zur Stadtentwicklung unter den lokalen Bedingungen leisten kann.

Dabei darf die Bibliothek der Gefahr nicht erliegen, die vorhandene Infrastruktur nur quantitativ weiterzudenken. **Vielmehr muß die Bibliothek ihr Medienangebot und ihre Dienstleistungen mit Blick auf ihre Rolle für die kommunale Infrastruktur qualitativ pflegen und weiterentwickeln.** Das wird freilich erst auf dem Hintergrund einer ausreichenden Sach- und Personalausstattung möglich sein.

Die **Plattform Öffentliche Bibliotheken** der **Bundesvereinigung Deutscher Bibliotheksverbände** ermutigt die Öffentlichen Bibliotheken, sich noch stärker als Teil der im Dialog mit Verwaltung und Bürgerinnen und Bürgern gestalteten kommunalen Infrastruktur zu begreifen. Die hier vorgelegten Ausführungen sollen diese Zusammenhänge hervorheben und Wege aufzeigen, wie die Bibliothek in diesem Rahmen eine Platzierung des örtlichen Bibliotheksleitbildes und der lokalen Bibliotheksangebote vornehmen kann. **Im Ergebnis werden die Öffentlichen Bibliotheken ein klareres, aber auch individuelleres Profil gewinnen können. Diese individuelle Profilierung wird nicht als nachteilig, sondern als erforderlich gesehen.**

2 Ansätze und Ausgangspositionen Stadtentwicklung

2.1 *Quantitativ orientierte Politikprogramme*

Stadtentwicklungsplanung als Gestaltungsmittel der kommunalen Gesamtentwicklung kam in den 60er Jahren nicht zuletzt in der Erkenntnis zahlreicher Fehlentwicklungen eines ungesteuerten und zwischen den verschiedenen Politikfeldern unkoordinierten Wiederaufbaus und ungebremster Veränderungen auf, entstand teils auch als Instrument von in die Irre führenden Konzepten wie etwa der autogerechten Stadt, teils aber auch als Reaktion auf solche Entwicklungen.

In dieser Phase legten auch die kommunalen Bibliotheken und ihre Verbände Planungspapiere vor, die vor allem quantitative Standards festlegten. Viele Städte verabschiedeten mehr oder minder verbindliche Bibliotheksentwicklungspläne, die Schritte zur Erreichung der mengenmäßigen Ausbauziele (Zweigbibliotheken, Personalstellen, Medieneinheiten u.v.a.m.) festlegten.

Dieser Ansatz im Sinn eines primär quantitativ orientierten Politikprogramms erwies sich bald als Illusion. Die hochkomplexe Entwicklung mit ihren kaum überschaubaren und durch kommunale Politik oft auch nur begrenzt beeinflussbaren Faktoren und Interdependenzen schien sich einem umfassenden planerischen Zugriff zu entziehen.

2.2 *Qualitativ orientiertes Planungsverständnis*

Inzwischen sind an die Stelle umfassender und perfektionistischer Ansätze in der Stadtentwicklungsplanung **solche Ansätze getreten, die mehr auf qualitativ formulierte Perspektiven und Szenarios setzen.** Hintergrund dieses Wandels ist teils die Erkenntnis, daß nicht alles, was man sich vorgenommen hat, finanzierbar erscheint, teils aber auch die Erfahrung, daß trotz erreichter Ausbauziele die gewünschten Resultate wie Lebensqualität und Akzeptanz seitens der Bürgerinnen und Bürger nicht immer herbeigeführt werden konnten.

Dieses neue Planungsverständnis führt einerseits zur Konzentration auf Projekte, die in Hoffnung auf impulshafte Wirkungen beispielhaft in Angriff genommen werden, andererseits zu strategischen Ansätzen: **Offene Planungen werden hierbei in langfristiger Perspektive in Angriff genommen, und im Sinn eines dauerhaften Prozesses der Selbstverständigung und Gestaltung beziehen Verwaltungsspitze und Kommunalpolitik Bürgerinnen und Bürger, Gruppen und Unternehmen in den Planungsprozeß mit ein.**

Währenddessen blieben im Bibliotheksmarketing, wie es seit den 80er Jahren in Deutschland vielerorts praktiziert wird, Bürgerinnen und Bürger, Nutzerinnen und Nutzer der Bibliothek meistens nur Objekt von Analysen (z.B. Durchführung von Befragungen), die mit dem Ziel der besseren Abstimmung der Angebote und Dienstleistungen der Bibliothek auf deren Bedarf durchgeführt werden. Bürgerinnen und Bürger, Nutzerinnen und Nutzer werden noch zu selten zu einem an bibliothekarischen Planungen beteiligten Subjekt.

Dieser Ansatz von Bibliotheksmarketing scheint sich zwar nahtlos in die vielerorts in Gang gekommene Verwaltungsreform mit Neuem Steuerungsmodell, Kontraktmanagement, Budgetierung und Berichtswesen einzupassen, läuft aber wie die Verwaltungsreform selbst Gefahr, bei der Optimierung des Betriebsmanagements stehen zu bleiben statt im Dialog mit und unter Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern zu diskursiven Formen der kommunalen Entwicklungsplanung zu gelangen.

2.3 Vom Stadtmarketing zur Stadtkonzeption

In ähnlicher Beschränkung auf die administrative Ebene versteht sich die Kommunalverwaltung beim Stadtmarketing zunächst als Dienstleister, auch wenn diese Ebene in ihrer Zielorientierung optimiert wird. Beispielsweise kann kommunales Handeln, wenn es der Logik des Stadtmarketing folgt, sich schwerpunktmäßig an den Erfordernissen der Wirtschaftsförderung orientieren und in die Entwicklungsplanung in besonderer Weise privatwirtschaftliche Akteure mit einbeziehen.

Aber erst in der Fortentwicklung des Stadtmarketings zur Stadtkonzeption werden **Zielgruppen im Sinn eines permanenten und offenen Lern- und Verständigungsprozesses in die Konzeptionsgestaltung mit einbezogen**. Es geht also zum einen um eine Gesamtsicht der Stadt mit allen wesentlichen Entwicklungsaspekten, zum anderen um die Institutionalisierung des Dialogs zwischen Kommunalpolitikern, Verwaltungsspitze und Experten unter aktiver Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger, von gesellschaftlichen Gruppen und relevanten Organisationen.

2.4 Leitbilder statt überfrachteter Planwerke

Unabhängig vom konkreten Planungsansatz oder -gegenstand fühlt sich die Gemeindevertretung nicht selten überfordert, von der Verwaltung vorgelegte detaillierte Planwerke, die sich auf die Entwicklung der gesamten Stadt oder sogar einer Region sowohl in räumlicher wie in fachlicher Dimension beziehen, in allen Einzelaspekten zu beurteilen. Sie ist aber **gefordert, über Leitbilder zu entscheiden, die der Stadtentwicklungsplanung als strategische Orientierung** vorgeordnet sein müssen.

Aus all dem ergeben sich vielfältige Anknüpfungspunkte auch für kommunale Bibliotheken. Sie werden im folgenden beleuchtet, nachdem ein Blick auf Trends und Ziele der Stadtentwicklung weitere Anknüpfungspunkte aufgezeigt hat.

3

Trends der Stadtentwicklung

Im folgenden werden - immer mit Blick auf die Bedeutung für kommunale Bibliotheken - einige wesentliche Trends der Stadtentwicklung der 90er Jahre angesprochen.

3.1 *Wachstum des tertiären Sektors*

Entscheidender Entwicklungsfaktor ist heute das Wachstum des tertiären Sektors (Handel und Dienstleistungen). Stadtentwicklung muß dafür Räume schaffen, und zwar **physische Räume (Flächen) wie auch mentale Räume**, und diese Räume müssen in der Stadt "richtig" verortet sein. Freilich ist zu beachten, daß die Einkommen in Teilen der Dienstleistungsbranchen niedriger und Arbeitsbedingungen teilweise weniger komfortabel sind als in der Industrie.

3.2 *Haushaltskonsolidierung und Verwaltungsmodernisierung*

Entscheidender Handlungsdruck für Gemeindevertretung und Verwaltung geht heute und auch weiterhin vom Erfordernis der Haushaltskonsolidierung aus. Die **Verwaltungsmodernisierung wird dabei noch immer einseitig als Instrument der Haushaltskonsolidierung** eingesetzt, hat bisher die Querschnittsämter wenig erreicht und nur selten die Bürgerorientierung der Gesamtverwaltung durchschlagend erhöht, wenn auch die Handlungsfähigkeit der Leistungsverwaltung verbessert.

3.3 *Einfluß der Telematik auf räumliche Kommunikationsstrukturen*

Stadt ist auf Kommunikation hin angelegt. Kommunikation als Funktion der Stadt prägt Stadtbilder, in weiten Teilen ist Stadt gebaute Kommunikationsstruktur. Kommunikation wurde dabei stets als persönliche Begegnung zwischen Menschen verstanden. Öffentlich wenig erörtert wurde bisher die Frage, was die rasante Entwicklung der Telematik für diese herausragende Funktion der Stadt bedeutet.

Zwar setzt auch die Anwendung der Telematik eine räumliche Struktur voraus, vor allem aber ein qualifiziertes Arbeitskräftepotential, ferner ein Innovationsmilieu und eine Kultur der Kooperation und Kreativität, wie sie sich besonders in großen Städten entwickeln. Aber **welche Rolle kommt öffentlichen Plätzen und Räumen zu, die traditionell auch oder sogar vor allem der Kommunikation zwischen physisch anwesenden Menschen dienen, wenn Kommunikation immer weniger die physische Nähe der Kommunikationspartner erfordert?**

3.4 *Telearbeit, Teleshopping*

Aber nicht nur Kommunikation allgemein, auch die Zusammenarbeit der Menschen erfordert nicht mehr notwendigerweise ihre physische Nähe. Die Telearbeit ermöglicht nicht nur die Erledigung von Bürotätigkeiten von Zuhause aus, sie erlaubt dabei auch die Kooperation zwischen Partnern bis hin zu Besprechungen in Form einer Videokonferenz. Telearbeit wird aber **dem wachsenden Verkehrs-**
aufkommen kaum gegensteuern können, weil die wahrscheinlich ohnehin geringen Beiträge zur Verringerung des Verkehrs, die von ihr ausgehen, wohl durch Steigerungen aus anderen Zusammenhängen, z.B. Freizeifahrten und Zunahme des Gütertransports, überkompensiert

werden. Die durch Rationalisierung im Handel bewirkte Ausdünnung der Filialnetze erzeugt zusätzlichen Verkehr, der durch Teleshopping wohl kaum nachhaltig gemindert wird.

3.5 *Enträumlichung sozialer Netzwerke*

Ein weiteres wesentliches Element (nicht nur) der Stadt sind soziale Netzwerke. Sie fungieren als Bindeglied zwischen Individuen und dem sozialen Nahbereich einerseits und größeren sozialen Einheiten andererseits. Auch soziale Netzwerke dienen der Kommunikation und dem Informationsaustausch, nicht zuletzt dem Austausch von Gütern und Dienstleistungen. Schließlich artikulieren soziale Netzwerke Erwartungen hinsichtlich Normen und Werten in Gestalt von Zuwendung, Belohnung und Sanktionen.

Aber gerade in Städten - viel stärker als in ländlichen Gebieten - erfahren soziale Netze eine Enträumlichung: Man hat sein soziales Netz, aber **die Partner in diesem Netz leben nicht nebenan, sondern mehr oder minder weit entfernt, in einem anderen Stadtteil, in einer anderen Stadt.** Dank des Telefons und schneller Verkehrsverbindungen kann so ein selektives Netz seine ganze Funktion entfalten.

Indessen darf nicht übersehen werden, daß diese **Enträumlichung sozialer Netze nur für Teile der Bevölkerung zutrifft**, nur für bestimmte soziale Milieus; für bestimmte Lebensphasen, insbesondere für Kinder und für ältere Menschen gilt dies weniger. Diese informellen Strukturen hat Stadtentwicklungsplanung bisher wenig oder gar nicht zum Gegenstand ihrer Überlegungen gemacht.

3.6 *Räumliche Polarisierung*

Ein zunehmendes Problem für die Entwicklung der Innenstädte stellt die räumliche Polarisierung dar: Überdachte Einkaufs- und Freizeitlandschaften sowie neue Gewerbegebiete entstehen außerhalb der traditionellen Einkaufs- und Arbeitsorte der Innenstädte und werden von den Verbrauchern massenweise in Anspruch genommen. Kommerzielle Großanbieter von Spaßkultur treten teils in der Innenstadt, teils an nicht-integrierten Standorten auf (Multiplexkinos, Music Halls, Freizeitparks u.a.).

Dadurch wird die **Innenstadt** mit ihrer charakteristischen Mischung aus Traditionssymbolen, Fachgeschäften, kulturell definierten Freizeitorten und Kommunikationsflächen entwertet und **droht zu veröden**. Die zu erwartende Expansion des Teleshopping legt nahe, die Gewerbeansiedlungs- und Wirtschaftsförderungspolitik für die Innenstädte auf Fachgeschäfte und Dienstleistungsunternehmen zu konzentrieren, die erklärungsbedürftige, hochwertige und hochindividualisierte Produkte und Dienste anbieten, weil erwartet wird, daß derartige Produkte eine geringere Affinität zum Teleshopping aufweisen.

Das Gewicht der Ballungkerne als Dienstleistungsstandorte geht aber insgesamt zurück; dieser Trend wird durch Telearbeit möglicherweise verstärkt.

3.7 Verstärkte sozial-räumliche Segregation

Eine verstärkte sozial-räumliche Segregation ist in den Städten zu beobachten, wenn auch dank Mieterschutz und sozialstaatlicher Regelungen bei weitem nicht in dem Ausmaß wie in einigen anderen Industriestaaten: **Die soziale Durchmischung der Wohnbevölkerung in den Städten nimmt ab.** Einkommensschwächere Schichten wandern aus Altbaugebieten infolge der wegen Modernisierung steigenden Mieten ab. Sie ziehen u.a. in frei werdende Wohnungen im sozialen Wohnungsbau, wo wiederum steigende Fehlbelegungsabgaben bewirken, daß der Mietabstand zu Vierteln mit freien Mieten und der Abstand zur Finanzierung von Wohnungseigentum vor den Toren der Stadt geringer werden, so daß einkommenstärkere Haushalte ihrerseits dorthin abwandern.

3.8 Gefahr einer Verödung der Innenstädte

In Verbindung mit der sozial-räumlichen Segregation sammeln sich **sozial marginalisierte Bevölkerungsgruppen** (Armutsflüchtlinge aus anderen Ländern, verarmte Inländer) bevorzugt in den von Verödung bedrohten Innenstädten.

3.9 Gefahr einer Ghettoisierung von Stadtvierteln

Zur sozial-räumlichen Segregation trägt auch die **wachsende Neigung** bei, **sich bevorzugt in den eigenen, sozial, kulturell und/oder ethnisch definierten Lebenswelten zu bewegen.** Die Gefahr einer Ghettoisierung von Stadtvierteln wird bereits beschworen.

3.10 Chancen für alltägliche Arten der Stadtnutzung

Städtebauliche Monumente und identitätsstiftende Inszenierungen (z.B. Umzüge; Stadtfeste in und vor dem großzügig als architektonisches Highlight errichteten Rathausneubau) sind teils kaum noch finanzierbar, teils verlieren sie an Aktualität und Symbolgehalt angesichts der sozialen Polarisierung. Zukünftig können alltägliche Arten der Stadtnutzung und ihnen entsprechende öffentliche Gebäude an Bedeutung gewinnen.

3.11 Tradition der behutsamen Stadterneuerung

Die öffentliche Debatte um Stadtplanung und Stadtentwicklung ist bis heute oft einseitig auf wenige bauliche Großprojekte, die freilich an ihrem Standort prägende Wirkungen entfalteten, konzentriert. Die wirkliche Entwicklung war viel stärker bestimmt durch eine **sozialpolitisch motivierte behutsame Stadterneuerung mit Bürgerbeteiligungen, Wohnumfeldverbesserungen, neuen Formen der Blockbebauung und einer Wiederentdeckung des Verhältnisses von Hof und Straßenraum.** Hieran kann die aktuelle Stadtplanung anknüpfen.

3.12 Gewerbeansiedlungs- und Wirtschaftsförderungspolitik

Ein weiterer wichtiger Trend der Stadtentwicklung ist zunehmende Bedeutung, die der kommunalen Wirtschaftsförderung beigemessen wird. Hier haben sich die Standortdebatte und die Flächenpolitik der Kommunen häufig einseitig auf die Ansiedlung von Großunternehmen konzentriert. Infolge ihrer Kapitalkraft, der Mobilität der Arbeitskräfte, eines allgemein hohen Qualifikationsniveaus und der niedrigen Transportkosten verfügen Großunternehmen in der Tat über weitgehende Wahlfreiheit der Standorte.

Die Masse der Beschäftigten arbeitet indessen in kleinen und mittleren Betrieben. Ein Teil des Einzelhandels, Handwerk und kleinere Dienstleistungsunternehmen sind stark standortgebunden, u.a. wegen der erforderlichen Nähe zu den Kunden. Bei inhabergeführten Unternehmen spielt die räumliche Nähe zum persönlichen Umfeld des Inhabers eine maßgebliche Rolle. Es geht nicht nur um Ansiedlung von Großunternehmen, sondern auch darum, Unternehmen in der Stadt zu halten. Handlungskonzepte der Städte im Hinblick auf die Förderung von Dienstleistungen in der Stadt und die Entwicklung des vorhandenen Dienstleistungspotentials sind stark entwicklungsbedürftig.

3.13 Neue Modelle der Verteilung von Arbeit und Beschäftigung

Einerseits **setzen Politik, Wirtschaft und Verwaltungen Humanressourcen frei**, die brach liegen zu lassen sich keine Gesellschaft leisten kann. Andererseits ist es höchst unwahrscheinlich, daß es in Zukunft möglich sein wird, aus der Produktivität des immer kleiner werdenden Bevölkerungsanteils Erwerbstätiger wachsende soziale und kulturelle Leistungen der öffentlichen Hände und zunehmende soziale Transferzahlungen zu finanzieren - wächst doch mit der Höhe der steuerlichen Lasten und der sozialen Beiträge auch der offene und verdeckte Unmut, sie zu zahlen. Erforderlich sind neue Modelle der Verteilung von Arbeit und der Beschäftigung auch außerhalb der Erwerbsarbeit. Es gilt, auch in Initiative der Kommunen, attraktive Alternativen zur Erwerbsarbeit nicht als Konkurrenz, sondern als Komplement zu den Arbeitsmärkten zu schaffen.

3.14 Wachsende Verkehrsbelastung

Weitere zentrale Themen der Stadtentwicklung sind die Belastung durch den wachsenden Individualverkehr und der Parkplatzmangel in den Städten.

Die Wohnbevölkerung in den Städten schrumpft, während die Zahl der Arbeitsplätze in den Städten weiterhin zunimmt, wodurch anschwellende Pendlerströme erzeugt werden. Die **Kooperation Stadt/Umland gewinnt an Bedeutung.**

3.15 Kooperation zwischen Kommunen und zwischen Land und Kommunen

So wird immer deutlicher, daß der räumliche Zuschnitt der politischen Willensbildungs- und Entscheidungsstrukturen den wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Anforderungen und den

finanziellen Möglichkeiten nicht mehr ganz angemessen ist. **Teils sind die räumlichen Zuschnitte zu groß für bürgernahe Planungen (Länder), teils sind sie vielerorts zu klein geworden (Kommunen).**

So fallen die Kosten der Verkehrsinfrastruktur (Pendler), der hochwertigen, aber auch vieler alltäglicher kultureller Angebote und besonders der sozialen Transferleistungen schwerpunktmäßig den großen Städten zu, während die kleineren Umlandgemeinden und ihre Bürgerinnen und Bürger an dieser Infrastruktur ohne Ausgleich der Lasten partizipieren. Zahl und Umfang der Aufgaben, die von den einzelnen Städten und Gemeinden nicht mehr allein bewältigt werden können, haben deutlich zugenommen.

In der Vergangenheit konnte ein Teil der typischen Stadt-Umland-Probleme durch Eingemeindungen oder andere Formen der Gebietsreformen gelöst werden. Heute haben andere Probleme im Stadt-Umland-Verhältnis das Gewicht von Daueraufgaben einer die Grenzen der eigenen Kommune überschreitenden Entwicklungsplanung erlangt.

Kooperation zwischen den Kommunen und zwischen Land und Kommunen ist gefordert, sei es in Gestalt von Zweckverbänden, von gemeinsamem Outsourcing der betreffenden Dienstleistungen oder einfacher Verwaltungsabsprachen. **An die Stelle einer schematischen Aufgabenabgrenzung zwischen kommunaler und Landesebene muß eine abgestimmte und gemeinsame Wahrnehmung von Verantwortung treten.** Dies gilt allgemein, in besonderem Maß jedoch für die Kulturpolitik.

3.16 Ostdeutsche Schwerpunktthemen

In Ostdeutschland kommen zu den genannten Themen der Stadtentwicklungspolitik insbesondere hinzu: **Stadterneuerung, Sanierung der Plattenbauten, Erneuerung der technischen Infrastruktur.**

4 Ziele der Stadtentwicklung

Die Zielsetzung der kommunalen Kulturpolitik war besonders in den 70er Jahren, der Unwirtlichkeit der Städte eine neue urbane Qualität entgegenzusetzen. Statt Autos und Kommerz sollte wieder der Mensch im Mittelpunkt der Stadt und ihrer Einrichtungen stehen. Die Innenstädte sollten Treffpunkt werden, Orte der Begegnung und der Kommunikation sein. Dazu bedurfte es Einrichtungen wie der Öffentlichen Bibliotheken: Ruhepunkte und Begegnungsstätten, Orte des Austauschs außerhalb rein kommerziell bestimmter Zusammenhänge. Diese Zielsetzung ist aktueller als je zuvor. Aber die Stadtentwicklungspolitik sieht sich heute einem ganzen Bündel von Zielen gegenüber; herausragende Ziele werden im folgenden kurz umrissen.

4.1 Entwicklung kommunaler Leitbilder

Vordringlich erscheint die Entwicklung kommunaler Leitbilder. Sie heben spezifische Stärken hervor, verdeutlichen aber auch Schwächen und geben so die **Leitidee zum Ausbau der Stärken und zum Ausgleich der Schwächen**. Sie dienen sowohl der Selbstdarstellung nach außen wie auch als Leitstern nach innen.

4.2 Sicherung der kommunalen Handlungsfähigkeit

Das gesamte gesellschaftliche, ökonomische, politische, kulturelle und soziale Leben spielt sich letztlich auf der Ebene der Kommunen ab. Sie müssen finanziell ihre Handlungsfähigkeit sichern oder wiedergewinnen und sich funktionell behaupten:

- **als Mittelpunkt der Verständigung und der Kommunikation,**
- **als Schule der Demokratie,**
- **als Ort der gesellschaftlichen Partizipation, des sozialen Austauschs und der materiellen Existenzsicherung.**

4.3 Vielfalt und Mischung bei Strukturen, Funktionen und baulicher Gestalt

Eine Vielfalt an Struktur, Funktion und baulicher Gestalt in der Stadt hat sich als fruchtbar und segensreich für die Entwicklung der Städte und ihrer Bürgerinnen und Bürger erwiesen. Diese Vielfalt zu erhalten, zu entwickeln und zu gestalten ist wichtiges Ziel der Kommunalpolitik. Eine **gemäßigte, nicht zu kleinräumige soziale, demographische und ethnisch-kulturelle Mischung** erscheint vielversprechend.

4.4 Stadtteile als Identifikationsräume

Stadtteile sollen in ihrer **historischen Gestalt**, ihren **lokalen Traditionen** und mit ihren **sozialen Netzen** identifizierbar sein und Identifikationsmöglichkeiten bieten.

4.5 Vielfältige Nutzungs- und Partizipationsmöglichkeiten

Vielfalt möglich machen, heißt auch, **durch Stadtgestaltung sowie Abstimmung mit privatwirtschaftlichen Akteuren und mit Bewohnern** vielfältige Nutzungs- und Partizipationsmöglichkeiten zu erhalten und zu eröffnen: Aktionsangebote, Treffpunkte, Flaniermeilen, Grünzüge, quartierspezifische Selbstorganisation, Nachbarschaftsläden, geeignete kulturelle, soziale und technische Infrastrukturen, städtische und naturbezogene Erfahrungs- und Erlebnisräume, Übergänge zwischen privaten, halböffentlichen und öffentlichen Räumen.

4.6 *Abstimmung innerstädtischer, regionaler und sektoraler Planungen*

Innerstädtische, regionale und sektorale Entwicklungsplanungen müssen aufeinander abgestimmt sein.

4.7 *Nutzung elektronischer Kommunikationswege*

Zunehmend nutzen Kommunen auch die elektronischen Kommunikationswege. Als besonders lohnenswerte Ziele erschienen dabei:

- die Verbesserung des Informationsangebotes, das die Verwaltung für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt schafft,
- die Sicherung des Zugangs zu den elektronischen Informationskanälen für alle Bürgerinnen und Bürger der Stadt, **denn die Entscheidung über diesen Zugang ist auch die Entscheidung über zukünftige individuelle und gesellschaftliche Entwicklungschancen,**
- die Einbeziehung datennetzbasierter Eigeninitiativen der Bürgerschaft.

4.8 *Agenda 21 auf der kommunalen Ebene*

Ursprünglich ausgehend von ökologischen und entwicklungspolitischen Gesichtspunkten, kann aus der *Agenda 21*, die aus der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro 1992 hervorging, auf der kommunalen Ebene der Versuch langfristiger Aktionspläne mit dem Ziel einer nachhaltigen Entwicklung der Kommunen im 21. Jahrhundert werden, einer Entwicklung, die **ökologische, ökonomische und soziale Planungen zusammenführt.**

4.9 *Kommunalpolitik als Initiator und Moderator*

Angesichts der begrenzten finanziellen Potentiale der Kommunen und ihrer beschränkten rechtlich-administrativen Möglichkeiten tritt die Rolle der Kommunalpolitik als Initiator und Moderator hervor.

5

Die Rolle der kommunalen Bibliotheken in der Stadtentwicklung

Kommunale Bibliotheken können im Kontext einer nachhaltigen Kommunalpolitik, die die Potentiale der vorhandenen Infrastruktur aktiviert und koordiniert, eine Wirksamkeit entfalten, die weder die Bibliotheken selbst noch die Verwaltung insgesamt bisher überall deutlich genug erkannt haben. Freilich sind kommunale Bibliotheken nicht der Reparaturbetrieb für die oben angerissenen Defizite der Stadtentwicklung.

Generell hängt das Funktionieren von Stadt an einer Vielzahl von Faktoren; allein die Aufzählung dieser Faktoren verdeutlicht, wo der kommunalen Bibliothek konkrete Aufgaben zufallen können:

- ausreichende Flächen, in Bibliotheken beispielsweise für freie Kulturgruppen, Hausaufgabenbetreuung oder Seniorenveranstaltungen,
- Infrastruktur (Kommunikation, Transport, Bildungs- und soziale Einrichtungen),
- Faktor Arbeit (Wohnungsangebot, Gesundheit und Wohlbefinden, allgemeine Bildung und Berufsqualifikation, Freizeitmöglichkeiten).

Im folgenden werden die einzelnen Faktoren detaillierter unter dem Gesichtspunkt der Rolle der Bibliothek in der kommunalen Infrastruktur betrachtet.

Aber die einzelne Bibliothek sollte sich nicht nur ganz allgemein auf bibliothekarische Aufgaben beziehen. Sondern sie muß aus dem tabellarisch gegebenen Überblick über die Aufgaben der Öffentlichen Bibliotheken einen auf die konkrete Stadtentwicklung bezogenen Ausschnitt gestalten. Bei den folgenden Aspekten geht es keinesfalls um die Aussage, daß der Aufgabenkatalog der kommunalen Bibliothek länger werden sollte oder die einzelne Bibliothek die angesprochenen Funktionen allesamt wahrnehmen müsse. **Vielmehr sind die Bibliotheken aufgerufen, ihr Profil zu schärfen, und zwar im selektiven Kontext der jeweiligen Leitidee der Stadtentwicklung.** Profilschärfung heißt freilich nicht Mittelkürzung, sondern konzentrierter Einsatz ausreichender Mittel.

5.1 Kommunale Bibliotheken als Standortfaktor

Vor dem Hintergrund der Standortdebatte haben auch die kommunalen Bibliotheken sich als Standortfaktor definiert. Dies ist grundsätzlich berechtigt, darf aber nicht zu einer Überschätzung oder Fehlplatzierung führen. Tatsächlich sind kulturelle und Freizeitangebote am Standort je nach Branche und Betriebsgröße von sehr unterschiedlicher Bedeutung. Kulturelle und Freizeitangebote spielen bei Standortentscheidungen eine gewisse Rolle für:

- Versicherungen,
- Kultur-/Sport-/Unterhaltungsbetriebe und -anbieter,
- Organisationen ohne Erwerbszweck, die nicht für Unternehmen tätig sind,
- Dienstleister für Unternehmen,
- das Verlagsgewerbe,
- Einrichtungen der Wissenschaft, Forschung und Bildung,
- Unternehmen der Werbewirtschaft,
- Unternehmen und Freiberufler auf dem Gebiet Recht, Steuerberatung, Wirtschaftsberatung und -prüfung.

Im Rahmen von Ansiedlungsstrategien derartiger Betriebe und einer systematischen Politik, derartige Betriebe am Standort zu halten, kann das Standortargument hinsichtlich der kommunalen Bibliothek eine überzeugende Rolle spielen.

Zu bedenken ist dabei, daß größere Einrichtungen dieser Art, sei es eine neu zu gründende Fachhochschule, sei es die Zentrale eines großen Verbandes, in der Regel ihre Spezialbibliotheken mitbringen. Aber hier können Profilierung und Kooperation der kommunalen

Bibliothek ein nicht zu unterschätzender Faktor werden. Vor allem kommt es darauf an, daß die kommunale Bibliothek frühzeitig in Planungsprozesse einbezogen wird.

5.2 Kommunale Bibliotheken als Zentrum für Lern- und Bildungsmedien

Das Standortargument verbindet sich mit der Erkenntnis, daß das Wohnumfeld, insbesondere kulturelle und Freizeitangebote zwar nur in begrenztem Maß standortentscheidenden Einfluß haben, daß aber vorhandene und entwicklungsfähige Qualifikationen der Arbeitnehmer eine wichtige Rolle spielen. Hierbei ist nicht nur an berufsspezifische Qualifikationen zu denken (wie etwa je nach Branche neueste Kenntnisse in Webdesign oder Finanzdienstleistungen), sondern vor allem an prozeßunabhängige **Schlüsselqualifikationen** wie:

- Innovationsbereitschaft,
- Kreativität,
- Problemlösungsfähigkeit,
- Fremdsprachenkenntnisse,
- Transfervermögen oder
- kommunikative Kompetenzen und Teamfähigkeit.

Diese werden zwar auch durch innovative und partizipative Freizeit- und Unterhaltungsangebote gefördert, **besonders wichtig ist aber hier ein einschlägiges, ausreichend großes und differenziertes Medienangebot**. Wo dies nicht durch zusätzliche Mittel erreicht werden kann, muß es durch Umprofilierung der Bestände geschaffen werden.

5.3 Kommunale Bibliotheken als Initiator und Moderator im lokalen Netzwerk

Im Rahmen einer Politik der Bündelung von Kräften bietet sich für die kommunale Bibliothek die Rolle des Initiators und Moderators im Netzwerk der lokalen und ggf. regionalen Akteure an, und zwar vor allem auf den Feldern:

- **Kultur, insbesondere Kinder-, Alltags- und Soziokultur,**
- **Bildung und lebenslanges Lernen, besonders Erwachsenenbildung und berufsorientierte Fortbildung.**

Eine Reihe von Bibliotheken, vor allem in Klein- und Mittelstädten, ist in diese Rolle bereits hineingewachsen. Sie reicht von der Koordinierung der Termine der Kulturveranstalter der Stadt und in der Stadt über die Aufbereitung aller lokalen und regionalen Weiterbildungstermine zunehmend auch im World Wide Web bis hin zur Initiierung und Moderierung von Ideenbörsen und kooperativen Konzepten aller beteiligten Partner. Diese Rolle könnte kommunalpolitisch aufgewertet und ausgebaut werden. Freilich erfordert dies, daß die Bibliothek sich zu dieser Rolle bekennt und daraus ihr Profil gewinnt.

5.4 *Kommunale Bibliotheken und ihre Bedeutung für die digitale Stadt*

In der zweiten Hälfte der 90er Jahre stürzen sich die deutschen Kommunen geradezu ins World Wide Web. In nicht wenigen Gemeinden ist die erforderliche Qualifikation zunächst schwerpunktmäßig in der Bibliothek vorhanden und kann für die Kommune insgesamt fruchtbar gemacht werden.

Traditionell finden die Bürgerinnen und Bürger Informationen über die Stadt und aus der Stadt mit all ihren Akteuren in der Bibliothek - und nun kommt es darauf an, **einen öffentlichen, nachvollziehbar strukturierten Zugang zum digitalen Auftritt aller für die Entwicklung der Kommune relevanten Partner zu schaffen.**

Die Bibliothek sollte die Beteiligung an dieser neuen Aufgabe, sei es als ein Partner unter anderen, sei es als Koordinator oder in kleinen Gemeinden sogar als Alleinveranstalter, nicht als zusätzliche Belastung zum Alltagsgeschäft werten, sondern ihren Part übernehmen, wenn es darum geht, die eigene Kommune, deren Teil die Bibliothek ist, in die Zukunft zu führen. Umgekehrt **sollte die Verwaltung die Funktion der Bibliothek als Vermittlungsstelle und Umschlagplatz kommunaler Information in traditioneller Form (Faltblätter, Broschüren, öffentliche Gemeinderatsdrucksachen) wie auch in elektronischer Form effizienter und zielgerichteter nutzen.**

5.5 *Kommunale Bibliotheken als Tor zum Internet*

Der Gefahr, daß moderne Informations- und Kommunikationstechniken nur bestimmten Zielgruppen in Abhängigkeit von Lebensalter, sozialem Milieu, Qualifikation und Finanzkraft zugänglich sind, kann begegnet werden, indem die Stadt in der kommunalen Bibliothek PCs mit Anschluß an Datennetze und Online-Dienste aufstellt.

Ein isolierter Internetanschluß, wie man ihn auch in den Foyers von Rathäusern einrichten kann, ist wenig attraktiv und erweist sich nur als vorübergehendes technisches Faszinosum. **Ein Internetanschluß gewinnt nachvollziehbaren Sinn und Nutzen erst in einer Arbeitsumgebung und in einer Informationsumgebung**, in der einerseits die Nutzung raumorganisatorisch bequem möglich ist (Raumklima, Sitzplatz, Beleuchtung, Drucker), in der andererseits der Zugang zum digitalen Netz in ein räumlich verfügbares intelligentes und effizientes Informationsnetz mit gedruckten Nachschlagewerken, Auskunftspersonal, CD-ROM-Medien und technischen Vorrichtungen zum Downloading eingebunden ist.

Auf diese Weise können die Kommunen zu einer **breiteren Akzeptanz der modernen Informations- und Kommunikationstechniken und zu einem kompetenteren Umgang mit ihnen** beitragen - ein bedeutsames Ziel der kommunalen Kultur- und Bildungsarbeit in einer Zeit, in der die Datennetze nicht nur alle Lebensbereiche durchdringen, sondern auch zum Faktor wirtschaftlichen Wachstums und deren kompetente und verantwortungsvolle Nutzung zum Schlüssel persönlicher Chancengleichheit werden.

5.6 *Kommunale Bibliotheken als Nukleus sozialer Netzwerke*

Der städtische Raum lebt von Übergängen und Verbindungen zwischen privaten und öffentlichen Räumen, zwischen lebhaften und ruhigen Zonen, von den Möglichkeiten der persönlichen Kommunikation und der Begegnung. Nach wie vor bieten kommunale Bibliotheken hierfür ideale Voraussetzungen. Kaum eine andere kommunale Einrichtung erreicht so viele Besucher; im allgemeinen kann man davon ausgehen, daß **jeder Einwohner zwei bis drei Mal im Jahr die Öffentliche Bibliothek besucht.**

Freilich sind die Bibliotheken aufgefordert, Wege zur deutlichen **Verlängerung ihrer Öffnungszeiten** zu finden, um jene Funktionen zu stärken. Durch Lesecafés, großzügige Flächen mit vielfältigen Aufenthalts- und Nutzungsmöglichkeiten von der Schmökerecke bis zum Internetarbeitsplatz, vom Spielort für die ganze Familie bis zum Arbeitsraum für eine selbstbestimmte Lerngruppe bieten kommunale Bibliotheken hier bereits sehr viel. So können sie sich als Nukleus sozialer Netzwerke präsentieren.

In diesem Sinn können Bibliotheken **zum Erhalt und zur Wiedergewinnung von Urbanität** beitragen.

5.7 *Vielfalt der Stadtquartiere und Lebenswelten, Vielfalt der Bibliotheken und ihrer Dienstleistungen*

So vielfältig wie die Städte und die Stadtviertel müssen kommunale Bibliotheken sein. Es ist - abgesehen vielleicht von Kleinstädten - nicht zu erwarten, daß ein und dieselbe Bibliothek das ganze Spektrum der sozialen Netze und der Lebenswelten umspannen kann, weder von der Finanzierbarkeit her noch von der nicht immer ohne weiteres gegebenen Verträglichkeit der Zielgruppen untereinander. Eine **in Erscheinungsbild, medialem Angebot und Dienstleistungen deutliche Differenzierung zwischen Zentralbibliothek und Zweigbibliotheken, ebenso aber von Zweigbibliothek zu Zweigbibliothek** wird das Bild zukünftig noch stärker bestimmen als heute.

Der urbanistische Lebensstil in der City, die familienorientierte Lebensweise am Stadtrand, die Plazierung der Bibliothek als lebendiger Freizeitort für erlebnishungrige Jugendliche aus den ereignis- und angebotsarmen Vorstädten, neue Formen der Kooperation mit Freizeit- und Bildungseinrichtungen erfordern eine neue Vielfalt bibliothekarischer Dienste, Produkte und Arbeitsweisen. Erforderlich ist auch ein den jeweiligen Zielen und Zielgruppen adäquates innenarchitektonisches Design; **Modernisierungsinvestitionen in Räume und Möbel der Bibliothek sind ein Element der Stadterneuerung** und ein Beitrag zur ästhetischen Geschmacksbildung im öffentlichen Raum.

Möglicherweise geht die Differenzierung so weit, daß manche kommunale Zweigbibliothek mehr als Spezialbibliothek für eng umrissene Benutzergruppen erscheint, während in anderen

bibliothekarischen Einrichtungen derselben Stadt das Medienangebot nicht mehr im Mittelpunkt der bibliothekarischen Arbeit steht, sondern die Strukturierung von Informationen, die nur noch im Internet zugänglich sind, oder die Organisation von Foren mit lokalen Bürgergruppen.

Auch die zunehmende Verlagerung von Informationen in Datennetze legt es nahe, daß einzelne Bibliotheken den Akzent nicht mehr überwiegend auf das Angebot physischer Medien legen. Bei deutlicher Zunahme der Telearbeit und des Internetshoppings ist die Stadtentwicklungsplanung gefordert, **neue Orte des sozialen Austauschs und der persönlichen Kommunikation** zu schaffen, da traditionelle Orte mit dieser Funktion (Betriebe, Einkaufszentren) dann an Stellenwert einbüßen. Hier kann man an die bereits bestehenden Funktionen von Bibliotheken im Wohnquartier anknüpfen. Das ist kostengünstiger und wirksamer als die Schaffung gänzlich neuer Räume und Institutionen.

5.8 Kommunale Bibliotheken als lokale Kulturzentren

Konkurrenz- und Kostendruck zwingen die Programmanbieter in den audiovisuellen Massenmedien zur Reduzierung von Eigenproduktionen, so daß die Repräsentation von regionaler Kultur immer stärker in den Hintergrund gerät. Dem kann die kommunale Kulturpolitik nicht gleichgültig gegenüberstehen. Dagegen weisen **Bibliotheken als Kulturveranstalter häufig eine Nähe zur regionalen Alltags- und Soziokultur** auf, schon weil weder die meisten Bibliotheksräume und ihre Ausstattung noch die Arbeitsteilung zwischen den kommunalen Einrichtungen im Kulturbereich der Bibliothek die Rolle des Veranstalters kultureller Großereignisse zuweisen. Damit gewinnen sie die Chance, der drohenden Entgegensetzung von Kultur und Sozialem entgegenzuwirken und der identitätsstiftenden und integrierenden Kraft der Kultur wieder stärker zur Geltung zu verhelfen.

Die unmittelbare, nicht durch Medien vermittelte **kulturelle Erfahrung und Praxis**, die damit verbundene Entwicklung der Sinne, des Empfindungsvermögens und der eigenen Phantasie sind wichtige **Voraussetzungen für die individuelle Entfaltung von Kreativität und kulturellen Interessen**. Lebendige Kulturangebote in der Bibliothek sind auch eine wirkungsvolle Medienpädagogik, indem sie Interessen und Erwartungen formen, die wiederum den Umgang mit Medien beeinflussen.

5.9 Einbeziehung von Volunteers

Die Einbeziehung der Bibliothek in soziale Netze bedeutet auch, daß die Bibliothek den Nutzern nicht als dienstleistender Apparat entgegentritt, sondern von den Bürgerinnen und Bürgern mitgestaltet wird. In dem Maß, in dem teils freiwillig, teils unfreiwillig die Freizeit zunimmt, wächst der Druck, diese Freizeit mit sinnstiftenden Beschäftigungen zu füllen und nicht nur traditionell im Sinn von Erholung und Ablenkung zu verstehen.

So wenig man sich vorstellen kann, daß vollprofessionelle und hochspezialisierte Informationsdienstleistungen in Bibliotheken ehrenamtlich erbracht werden, so sehr erscheint es

sinnvoll, **Bürgerinnen und Bürger als Volunteers** an Aufgaben von Bibliotheken der Grundversorgung und in Wohnquartieren wie insbesondere an zusätzlichen kulturellen und sozialen Aufgaben zu beteiligen. Dies kann die Verankerung der Bibliothek im lokalen Umfeld stärken.

Diese Beteiligung darf jedoch nicht als bloße Abwälzung von Kosten in Form von unbezahlter Arbeit mißbraucht werden. Nicht übersehen werden darf dabei, daß **das Management und die Qualifizierung von Volunteers hauptamtliches Fachpersonal voraussetzt.**

5.10 Konzentration auf unmittelbar kundenbezogene Dienstleistungen

Zugleich müssen die Bibliotheken, schon um Kapazitäten für die Verlängerung der Öffnungszeiten freizubekommen und mit finanziellen Zwängen umzugehen, in noch nicht dagewesener Weise Fremdleistungen, also **konfektionierte Vorarbeiten für ihre Dienstleistungen einsetzen** (Verringerung der Fertigungstiefe in der Bibliothek und Konzentration auf unmittelbar kundenbezogene Dienstleistungen). Die Rationalisierungspotentiale in den meisten Bibliotheken sind bei Beibehaltung der etablierten Arbeitsweisen, d.h. auch mit massivem EDV-Einsatz, ausgeschöpft.

Wahrscheinlich sind die entwickelten und von Bibliotheksfachfirmen angebotenen Fremdleistungen und Vorarbeiten noch nicht optimal auf den jeweils örtlichen Bedarf zugeschnitten. Hier ist noch Entwicklungsarbeit erforderlich. Stichwörter sind: Optimierung von Dienstleistungen zur Medienauswahl (Standing Orders), mehrdimensionale Erschließungsdaten, die lokal selektiv verwendet werden, kooperative Entwicklung digitaler Bibliotheken, aber auch endgültige Verabschiedung bibliothekarisch-individueller Bearbeitungsvarianten bei physischen Medien.

5.11 Kommunale Bibliotheken sind Publikumsmagneten und gemeinnützige Einrichtungen

Bibliotheken sind Publikumsmagneten und sie sind gemeinnützige Einrichtungen. Damit sind sie gut geeignet, im Rahmen großangelegter Bauplanungen etwa bei der Überbauung ehemaliger innerstädtischer Bahngelände oder bei der Aufwertung von Stadtlagen eine Schlüsselstellung zu gewinnen. Als Publikumsmagnet garantieren sie eine **Belebung sonst von Verödung bedrohter Quartiere** und Passagen, sofern nicht eine stadträumlich und verkehrstechnisch nachteilige Lage der Bibliothek auf diese selbst zurückfällt. Als gemeinnützige Einrichtungen sorgen Bibliotheken für die erforderliche Angebotsvielfalt und **Durchmischung in sonst rein kommerziell** genutzten Erlebnis-, Freizeit- und Einkaufszentren.

Anhang

Aufgaben der Öffentlichen Bibliotheken nach: *Bibliotheken '93. Hrsg. von der Bundesvereinigung Deutscher Bibliotheksverbände. Berlin, Göttingen 1994.*

(Funktionsstufe 1 sind Bibliotheken in Orten mit ca. 5.000 bis 100.000 Einwohnern und Zweigbibliotheken; Funktionsstufe 2 sind die Zentralbibliotheken in Großstädten)

Aufgaben	Erläuterungen, Beispiele für relevante Medienangebote	Funktionsstufe
Die professionelle und systematische Befriedigung der Informationsbedürfnisse der gesamten Bevölkerung, darüber hinaus als wichtigste Funktion die Deckung der Informationsbedürfnisse relevanter Zielgruppen in Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur-, Bildungs- und sozialen Institutionen, insbesondere für:	Der Bestand soll kein Sammelsurium von Medien sein, sondern die ausgewählten Medien sollen in einem sinnvollen Zusammenhang untereinander stehen und auf den Bedarf der Zielgruppen ausgerichtet sein.	Stufe 1: Grundbedarf der gesamten Bevölkerung, Stufe 2: darüber hinaus den gehobenen Bedarf ausgewählter Zielgruppen
Teilnahme am öffentlichen Leben, bürgerschaftliches und politisches Engagement	vor allem Zeitungen, politische Magazine, Stadt- und Programmzeitungen, Medien zur politischen Meinungsbildung, z.B. politische Materialien zur Stadtplanung, Gemeinderatsdrucksachen	Stufe 1 und Stufe 2 gleichermaßen
schulische und berufliche Ausbildung	schul- und ausbildungsrelevante Materialien wie z.B. Lehrbücher, Trainingsdisketten, Lektüren, Berufswahl-Ratgeber	Stufe 1: Grundbedarf mit Blick auf die Schulen und Ausbildungsrichtungen am Ort, Stufe 2: gehobener Bedarf auf dem Level der Sekundarstufe II, teilweise auf dem Level des tertiären Bildungssektors
Berufsausübung, berufliche Fortbildung	berufliche Fachliteratur und Fachzeitschriften, digitale Wirtschaftsinformation	Stufe 1: Grundbedarf Stufe 2: gehobener Bedarf
allgemeine Weiterbildung	populäre Sachbücher und Zeitschriften, Infotainment-CD-Roms, Programmverzeichnisse von Weiterbildungsträgern	Stufe 1 und 2 gleichermaßen
Persönlichkeitsentwicklung und Sinnorientierung	Psychologische Ratgeber, künstlerische Anleitungen, Esoterik-MCs, philosophische Schriften	Stufe 1 und 2 gleichermaßen
Alltagsmanagement	Ratgeber, Verbraucherinformation, Erziehungshilfen, Broschüren von Krankenkassen, Finanzamt, Verbänden	Stufe 1 und 2 gleichermaßen
Hobby und Freizeit	Reiseführer, Hobbyanleitungen, Unterhaltungsromane, Musiktonträgern	Stufe 1 und 2 gleichermaßen
wissenschaftlich orientierte Betätigung	wissenschaftliche Bücher, Zeitschriften, Bibliographien	Stufe 2
Orientierung in der Medienvielfalt und die Verknüpfung der elektronischen mit den Printmedien durch multimediale Angebote	Verzeichnisse lieferbarer Bücher und anderer Medien, integrierte Aufstellung der verschiedenen Medienarten	Stufe 1 und 2 gleichermaßen
Allgemein-öffentlicher Zugang zu allen, insbesondere auch zu neuen Medientechnologien; die Bibliothek fordert zum kreativen Mediengebrauch heraus	20 % audiovisuelle und digitale Medien, Anschlüsse an Datennetze, Geräte zum Ausprobieren neuer Medien	Stufe 2 Stufe 1 in Auswahl
Leseförderung durch Schaffung geeigneter Medienangebote und die Kooperation mit Schulen, Kindergärten und anderen Einrichtungen der Leseerziehung	Kinder- und Jugendbücher und andere Medien	Stufe 1 und 2 gleichermaßen
Förderung des individuellen Lernens und des Lernens in Gruppen durch geeignete Raumangebote	ruhige Arbeitsmöglichkeiten (Tische, Stühle, Licht) für Benutzer Räume für Gruppen	Stufe 1 und 2 gleichermaßen
Kulturarbeit in der Kommune, insbesondere: Ausstellungen, Veranstaltungen, Literatur- und Kunstförderung	Diese Aufgabe wird in mehr oder minder enger Verzahnung mit dem Bestand wahrgenommen.	Stufe 1 und 2 gleichermaßen
Unterstützung freier Kulturarbeit und bürgerschaftlichen Engagements durch Kooperation mit örtlichen und regionalen Initiativen	Diese Aufgabe wird in mehr oder minder enger Verzahnung mit dem Bestand wahrgenommen.	Stufe 2 Stufe 1 in Auswahl
Integration unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen durch Information und Kommunikation	Medien und Veranstaltungen, die sich in Thema und Sprache an die zu integrierenden Bevölkerungsgruppen richten	Stufe 2: differenzierte fremdsprachige Medienangebote zur Vermittlung von Sprachkenntnissen: für Menschen mit deutscher Muttersprache, für Migranten, die Deutsch lernen wollen, für ausländische Mitbürger, die in ihrer Heimatsprache lesen und hören möchten

BDB

Bundesvereinigung Deutscher Bibliotheksverbände e.V.

Die Bundesvereinigung Deutscher Bibliotheksverbände e.V. fördert das deutsche und internationale Bibliothekswesen. Als Dachverband der deutschen Bibliotheksverbände vertritt sie in Politik, Wirtschaft und Kultur die Interessen der Bibliotheken, ihrer Benutzer und Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen. Ihre Mitglieder sind:

DBV: Deutscher Bibliotheksverband e.V.
vba: Verein der Bibliothekare und Assistenten e.V.
VDB: Verein Deutscher Bibliothekare e.V.
VdDB: Verein der Diplom-Bibliothekare an wissenschaftlichen Bibliotheken
DBI: Deutsches Bibliotheksinstitut
ekz: Einkaufszentrale für Bibliotheken GmbH

und als Einrichtung der BDB die
BA Bibliothekarische Auslandsstelle

Sprecherin der BDB

Prof. Birgit Dankert

Fachbereich Bibliothek und Information
Fachhochschule Hamburg
Grindelhof 30
20146 Hamburg
Telefon: 0 40/4 41 95 23 61 und 0171/9 30 99 28
Telefax: 0 40/44 19 53 92
E-Mail: dankert@bui.fh-hamburg.de

Stellvertretende Sprecher der BDB:

Vorsitzender des DBV
Ltd.Bibl.Dir. Dr. Georg Ruppelt
Herzog August Bibliothek
Postfach 1364
38299 Wolfenbüttel
Lessingplatz 1 (Besucheradresse)
38304 Wolfenbüttel
Telefon: 0 53 31/80 83 00
Telefax: 0 53 31/80 82 48
E-Mail: G.Ruppelt@hab.de

Vorsitzende des vba

Sabine Rust

c/o Bibliothek des Deutschen Wetterdienstes
Frankfurter Straße 135
63067 Offenbach am Main
Telefon: 0 69/80 62 22 73
Telefax: 0 69/80 62 24 86
E-Mail: srust@dwd.d400.de

Mitglieder des Vorstandes der BDB

Prof. Birgit Dankert (Sprecherin)
Dr. Georg Ruppelt (Stellvertretender Sprecher) / DBV
- Stellv.: Barbara Schneider-Eßlinger / DBV
Sabine Rust (Stellvertretende Sprecherin) / vba
Dipl.-Ing. Christof-Hubert Schütte/ ASpB/Sektion 5 des DBV
Klaus Barckow / DBV, VBNW
Dr. Arend Flemming / DBV
- Stellv.: Sabine Mühle / DBV
Prof. Dr. Konrad Umlauf / vba
- Stellv.: Klaus-Peter Böttger / vba
- Dr. Klaus Hilgemann / VDB
- Stellv.: Dr. Berndt v. Egidy / VDB
Susanne Oehlschläger / VdDB
- Stellv.: Marianne Saule/ VdDB
Dr. Karin Pauleweit / DBI,
Henner Grube / ekz

Pressereferent der BDB

Rolf Manfred Hasse
Niedersächsische Landesbibliothek
Waterloostraße 8
30169 Hannover
Telefon: 05 11/1 26 73 46
Telefax: 05 11/1 26 72 02
E-Mail: Rolf.Hasse@zb.nlb-hannover.de

Geschäftsstelle der BDB (bei der Geschäftsstelle des DBV):

Elke Dämpfert / Judith Gärtner

Die **Plattform Öffentliche Bibliotheken** der **Bundesvereinigung Deutscher Bibliotheksverbände** dient dem Dialog zwischen Bibliothekaren an Öffentlichen Bibliotheken und den Entscheidungsträgern und Unterhaltsträgern. Plattform - das heißt: Diskussionsforum, Informationsaustausch, Ideenbörse. Sie besteht aus folgenden Persönlichkeiten:

- Prof. Dr. Konrad Umlauf, Humboldt-Universität zu Berlin, Vorsitzender des Vereins der Bibliothekare und Assistenten,
- Dr. Rolf-Peter Carl, Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur, Kiel,
- Henner Grube, Einkaufszentrale für Bibliotheken, Reutlingen,
- Jürgen Kraft, Landesfachstelle für öffentliche Bibliotheken im Land Brandenburg, Potsdam
- Dr. Bernd Meyer, Deutscher Städtetag, Köln
- Gabriele Möller, Kreisbibliothek Leipziger Land, Markkleeberg
- Sabine Mühle, Bibliotheksamt Hohenschönhausen, Berlin
- Susanne Thier, Deutsches Bibliotheksinstitut, Berlin
- Uta Trampe, Stadtbibliothek, Wismar